

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL J. PETER, President. 1311 Howard Str. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorauszahlung, per Jahr \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 9. August 1917.

Lloyd Georges Rede.

Lloyd Georges letzte Rede, die schon seit langen als ein politisches Ereignis von großer Bedeutung angekündigt worden war, mag für diejenigen, die unter dem Einfluß der entstellenden Ueberschriften und Einleitungen gelesen haben, eine Enttäuschung sein, wenn sie in ihr ein Friedenszeichen sucht. Und doch ist Lloyd Georges Rede das erste wahrhaftige Zeichen dafür, daß England auf Amerika zu sich und seine Verbündeten verzichtet, daß es Frieden machen will, wenn Deutschland die Wiederherstellung des Status quo garantieren will. Nicht mit einem Hauch hat Lloyd George das stolze Stiefprogramm der Alliierten vom Vorjahre erwähnt, nicht mit einer Silbe spricht er von den heißen Wünschen Frankreichs nach der Wiedervereinigung mit Elsaß-Lothringen, und die Demokratisierung Deutschlands ist aus seinem Gedankengang anscheinend vollständig verschwunden.

Viel von dem, was Lloyd George gesagt hat, ist wiederum zum Fenster hinaus gesprochen, für die Ohren des englischen Volkes bestimmt. Er erinnert an den Weltfrieden in den Meiermannen für die Jugend, der von den Wilden gefangen genommen wurde und sich dadurch die Freiheit verkaufte, daß er ihnen im jordanischen Rhythos eine Reihe nichtigender Worte entgegenbrachte und sie so einschüchtern ließ. Die Worte, die Lloyd George über die deutschen Friedensabsichten sagt, sollen drohend klingen und zu Hause den Eindruck erwecken, als ob England wirklich in der Lage wäre, Deutschland zum Verzicht auf Eroberungen zu zwingen. Unter Drohungen verlangt er, daß Deutschland das Wort „Restoration“, Wiederherstellung, ausbreite, obgleich er weiß, daß der deutsche Reichsführer erst kürzlich auf vorgangsmäßige Gebietsveränderungen verzichtet hatte, was dasselbe bedeutet. Aber es scheint, daß Lloyd George mit der Erklärung des deutschen Königs nicht ganz zufrieden ist; er möchte ganz genau wissen, was Deutschland mit dem eroberten Gebiet zu tun gedenkt, er erwähnt zwar diesmal Belgien nicht speziell, doch liegt es auf der Hand, daß ihm am allfünftigen Status Belgien am meisten gelegen ist. Auffallend ist auch, daß das Wort „Reparation“, Entschädigung, das in den früheren Worten Lloyd Georges mit dem Ausdruck „Restoration“, Wiederherstellung, stets im selben Atemzuge genannt wurde, vollständig aus der Rede verschwunden ist. Unter „Restoration“ ist höchst wahrscheinlich nur die Wiederherstellung des Status quo verstanden, wogegen die Forderung nach Entschädigung fallen gelassen worden ist.

Der Kern der Rede liegt ohne jeden Zweifel in diesen Worten: „Ehe wir uns in eine Friedenskonferenz einlassen, müssen sie (die Deutschen) lernen, dieses eine Wort (Wiederherstellung) auszusprechen.“ In die diplomatische Sprache überetzt, heißt das: Verzicht endgültig auf Eroberungen, dann können wir uns in Friedensverhandlungen einlassen. Die Revision nach unten ist also beinahe vollständig. Zwei oder drei weitere Monate schwerer, aber nicht entscheidender Kämpfe werden die Revision nach unten ganz vollständig machen. Dann wird man fertig sein, um sich am grünen Tisch niederzulassen.

Beide, Deutschland und England, sind jetzt dem Beispiele Rußlands gefolgt, beide haben durch den Mund ihrer höchsten Vertreter auf Eroberungen verzichtet. Was zur vollständigen Verständigung noch fehlt, ist nur das Vertrauen des einen in die ehrlichen Absichten des anderen. Die nahe Zukunft wird auch diesen Mangel beseitigen, den letzten Stein, der auf dem Wege zum Einverständnis liegt.

Ein Unrecht entschuldigt nicht das andere.

Das summarische Verfahren, das von einigen Anwohnern der Stadt Ruitte, Montana, angewandt wurde, um sich Frank Kitzles, eines Führers der K. K. K., zu entledigen, indem sie ihn aus dem Bette rissen und aufknüpften, findet schärfste Verurteilung selbst in den Zeitungen, die in der jetzigen Tätigkeit dieser Arbeiterverbindung deutschen Einfluß haben oder zu haben vorgeben. In Wort und Bild wird gegen den Gedanken zu Felde gezogen; getöselte Handlungen mit getöselten Mitteln zu bekämpfen, und auf die schweren Gefahren hingewiesen, welche das Ueberhandnehmen solcher Vorgehens für die ganze Nation im Gefolge haben muß. Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß die von der K. K. K. und ähnlichen Organisationen eingeleitete Agitation und die ihr folgenden Arbeiterunruhen ihren Grund ausschließlich in Streitfragen wirtschaftlicher Natur und mit politischen Problemen und Meinungsverschiedenheiten nicht das Geringste zu tun haben. Aber selbst wenn das Letztere der Fall wäre, selbst wenn Unruhen und Bekleidungen deutscher Agenten und Spione die Säupter der K. K. K. zu Handlungen aufgestacheln hätten, welche an Hochverrat grenzen und sogar diese Grenze überschreiten, so wäre das keine Rechtfertigung für jene Takte, welche die Durchführung der Gesetze in die eigene Hand genommen haben. Wenn die Freunde von Ordnung und Gerechtigkeit glauben, einer Gesetzeswidrigkeit mit einer anderen zu dürfen, so leisten sie nur dem Eintritte anarchoideischer Bestrebungen Vorschub, deren Bekämpfung ihre ausdrückliche Pflicht ist.

Wenn die K. K. K. Agitatoren auch hundertmal Gesetzesübertretungen und Gewaltthaten predigen, so berechtigt das diejenigen, die sich gute Bürger nennen und es auch ehrlich zu sein glauben, noch immer nicht, diese überbelebten Gesetzesverächter mit ihren eigenen Waffen zu bekämpfen, der Abgesingung Lobeshymnen entgegenzustellen. Sie ersehnen dadurch den Beförden ihrer Aufgabe, mit den vom Gesetze vorgesehenen Mitteln Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und der Anarchie, bezw. hochverräterischen Unternehmungen zu steuern, und sie setzen sich der dann nicht unbegründeten Beschuldigung aus, daß sie selber nicht besser sind als diejenigen, denen sie ihr widerrechtliches Handwerk legen wollen.

Wo man uns findet.

(Aus der „Boeria Sonne“.)

Als leuchtendes Beispiel der Bürgertreue wird den Deutsch-Amerikanern in der Sonntag-Ausgabe des „Journal Transcript“ der Held aus dem Bürgerkrieg General Franz Siegel (nicht Franz Sigel) vorgehalten. Wir können dem Verfasser des Artikels die Versicherung geben, daß derselbe Geist, von dem der 18er Freiheitskämpfer und Held aus dem Bürgerkrieg befehl war, auch die gegenwärtige Generation des Deutsch-Amerikaneriums beherrscht. Wären Franz Siegel und seine Zeitgenossen aber heute am Leben, sie würden trotz ihrer Vorkriegszeit der demokratischen Regierungsform, gegen die unbedingte Verdrängung des Deutsch-Amerikaneriums protestieren und ebenso gegen die schamlose Entstellung von Tatsachen und Fälschungen über die Entwicklungsgeschichte des von Hiemard zusammengeschriebenen neuen Deutschen Reiches, das sie unter einer demokratischen Form errichten wollten. So radikal demokratisch auch die alten Achtundvierziger waren, verlagten sie doch nicht ihre Anerkennung den Wärmern, die das Fundament zu Neu-Deutschlands Größe gelegt und es zu einer Weltmacht unter den Völkern erhoben haben, unter denen es in Folge seiner inneren Herrlichkeit die Rolle eines Ueberbretels spielte. Den Deutsch-Amerikanern den Glauben beibringen zu wollen, daß die Hohenzollern-Autokratie als der größte Feind auf dem deutschen Volke lastet und daß die Welt von diesem Jünger befreit werden müsse, weil er auf eine Verklösterung aller Völker hinarbeite, ist ein nutzloses Bemühen. Sie können wohl die Entwicklungsgeschichte der neuzeitlichen deutschen Kultur und auch die gewaltige sozialdemokratische Strömung in Deutschland, die siegreich sich die Bahnen erobert zu ihren Zielen und der keine autokratische Macht Widerstand leisten kann, vor der sich auch das Junkertum beugen muß und bis zu einem gewissen Grad begeben hat. Es wäre der größte Segen für das amerikanische Volk, wenn diese Strömung sich schneller und stärker in unserem Lande entwideln würde, um die brutale Macht der Plutokratie über den Haufen zu werfen, gegen die wir vergebens ankämpfen und deren Druck dem amerikanischen Volk von Tag zu Tag wüthiger und unerträglicher wird. Diese Strömung zu unterdrücken, ist eine Doppeltat eines Teils der amerikanischen Presse, die sich dazu der deutschen Autokratie als Schutzwand bedient und die Geister der Achtundvierziger heraufbeschwört. Aber trotz dieser Fälschungen und der pyramidal freien Fälschungen über die Geschichte Deutschlands und dessen kulturelle Kultur, halten die Deutsch-Amerikaner doch treu in

der Not zum Lande ihrer Wahl, dem sie Treue geschworen, weil sie das als ihre Pflicht betrachten, so sehr sie es auch bedauern, daß es zu einem Bruch mit dem Lande ihrer Väter gekommen ist. Monarchistische Neigungen gibt es nicht unter ihnen und der aristokratische Dünkel, der in unserem Lande von Jahr zu Jahr üppiger ins Kraut schießt und zwar in einer viel widerwärtigeren Erscheinung wie in den monarchischen Ländern Europas, findet man selber unter den reichgewordenen Deutsch-Amerikanern, aber desto stärker unter den anglo-amerikanischen Dollarfürsten. Ueber das ekelhafte Gebahren dieser Mißver-Aristokratie, die ihre innere Wohlheit mit äußerem Glanz verbedet, spöttelt man in der ganzen Welt. Man duldet sie wegen ihres Reichthums, um Nutzen daraus zu ziehen. Diese Mißverpräbanten demokratischer Einfachheit tragen am meisten dazu bei, das amerikanische Volk in der Achtung anderer Völker herabzusetzen. Das fühlen auch wahrhaft gebildete Amerikaner und es ist erfreulich, daß es mutige Geister darunter gibt, welche die Geißel des Spottes ergreifen und die Shoddy-Aristokraten beistehen. Auch deutsch-amerikanische Analytiker verfallen dieser Strafe, wenn sie allzu dreist werden. Unsere Kollegen in der englischen Presse würden dem Lande einen viel größeren Dienst erweisen, wenn sie in dieser kritischen Zeit, aber überhaupt zu jeder Zeit, dem dinstelhaften Shoddytum den Standpunkt klar machen, anstatt die Treue der Deutsch-Amerikaner anzuzweifeln. Sie haben aber vor dem allmächtigen Dollar einen so gewaltigen Respekt, daß sie eine hohe Aufgabe darin erblicken, den Dollarbesitzer beständig Weibrauch zu streuen und ihre Schandtat zu beschönigen. Wenn wir stark in den Weltkrieg verwickelt werden und wenn derselbe von langer Dauer sein sollte, dann werden wir als Segen davon ernten die Erkenntnis, daß die schlimmsten Feinde des amerikanischen Volkes die Dollarfürsten sind, welche die Kontrolle über Industrie, Handel, die Verkehrswege, die Produkte des Ackerbaus, die Nahrungsmittel des Volkes und auch dessen geistige Nahrungsmittelverbreiter, die Presse, beherrschen.

Wenn der Vorkriegskampf gegen diese Unterdrücker gekämpft wird, dann werden unter den Bekämpfern die Deutsch-Amerikaner in den ersten Reihen zu finden sein. Unter den Vorkämpfern findet man ja bereits die ersten Führer und die besten Lehrer.

Volltreffer!

Die wohlfeilste Antwort, die man jemandem geben kann, mit dem man politisch nicht übereinstimmt, ist die Beschuldigung, daß der Betreffende illoyal ist und den Feinde Hilfe und Unterstützung gibt, fast die „Omaha Bee.“ Und die „Omaha Bee“ zeigt in jedem ihrer Leitartikel, daß sie von diesem Rezept fleißig Gebrauch macht.

Unsere Handelsbilanz für das am 30. Juni zu Ende gegangene Rechnungsjahr 1916-1917 zeigt, daß die Ausfuhr aus dem Ver. Staaten größer gewesen ist als je zuvor. Es wird dies als ein Beweis dafür angeführt, daß die Landwirtschaft ein erhebliches Fortschritt hat. Das dürfte jedoch ein Trugschluss sein, da nicht bekannt gemacht wurde, wieviel von dieser Ausfuhr auch das Ziel erreichte.

Wie hoch seit 1914 in diesem Lande die Lebensmittelpreise gestiegen sind, zeigt ein kurzer Bericht des Bundes-Arbeitsdepartements. Wehl um nicht weniger als 150, Kartoffeln um 125, Schmalz um 82, Zucker um 79, Maismehl um 77, Speck um 66 und Brot um 55 Prozent. Das bezieht sich auf die Einkaufspreise im Kleinen. Die Großpreise sollen folgendermaßen in die Höhe gegangen sein: Weizen und Weizenmehl um 200 Prozent, Mais 140, Kartoffeln 140, Schmalz 107, Rindfleisch 76, Schweine um 79 Prozent.

In Baltimore wurde ein Arbeiter von den Bundesbehörden wegen Uebertretung der Zensurordnungen verhaftet und von seiner Familie getrennt, obgleich er Jahre lang im Heere unseres Landes gedient hat. John Georg Seimle, so heißt der Mann, ist als Anabe von Deutschland nach Amerika gekommen, hat als Seemann auf dem Kreuzer Dirie die Seefahrt bei Santiago mitgemacht, von 1898 bis 1902 im sechsten Infanterieregiment und von 1902 bis 1905 im zweiten Kavallerieregiment gedient und auf den Philippinen gegen die Rebellen gekämpft. Ein Mann, der Uncle Sam's Uniform getragen und für die Ver. Staaten gekämpft hat, soll in billigerweise nicht mehr als Ausländer betrachtet werden. Er hat keinen Wert als Bürger Helfer bewiesen, als viele sogenannte Eingeborene.

Auf Anregung von Nadje Sultan, der Gattin Enver Paschas, ist unlängst in Konstantinopel ein neuer Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Stellung der türkischen Frau gegründet worden. Dieser Verein, der von der türkischen Regierung unterstützt wird und über großes Kapital verfügt, wird in verschiedenen Gegenden Anatoliens große Konfektionswerke errichten, in denen türkische mohammedanische Frauen beschäftigt werden sollen. Es sind bereits Vorbereitungen getroffen, um zunächst die erste Werkstätte in Konstantinopel ins Leben zu rufen, und man hofft, sehr bald, allein in der Hauptstadt mindestens hunderttausend Frauen Arbeit geben zu können. Die Frauen sollen Kleider aller Art und Gewebe herstellen, dazu Wäsche und Spitzen. Frauen, denen es nicht möglich sein sollte, in den Fabriken selbst zu arbeiten, sollen als Heimarbeiterinnen Aufträge bekommen. In eigenen Werkstätten wird der Verein den Verkauf seiner Erzeugnisse betreiben. Die gelangte türkische Presse ist mit dieser in das Leben der türkischen Frauen tief einschneidenden Neuerung durchaus einverstanden und hebt hervor, daß die Teilnahme der Frau am Wirtschaftsleben durchaus im Sinne des Fortschritts ist, der die Frau in wirtschaftlichen Ange-

legenheiten auf gleiche Stufe mit dem Mann zu stellen gestattet.

Musik!

Muß du Trösterin in schwerer Zeit, Du Volkspfeiferin in bitterem Leid.

Aus deinem Schooße quillt empor zur Doh' Erlösung uns des Daseins tiefstem Weh.

Wenn sich das Herz in stummen Qualen beugt, Die Welt uns das Vergängliche nur zeigt.

Wenn uns die Sprache, als zu arm, verstoßt, Das Auge keine Träne hat, die fließt.

Dann flüchtet unsere Seele sich allein Zu dir, der Göttlichen, so hehr und rein.

Und Ruhe, Frieden, hehrersehntes Glück, Bringst du der Sturmbelegten Brust zurück.

Zu müdest uns der Schönheit Rosenkranz, Erhebt die Nacht durch deiner Sterne Glanz.

Und deinem Hauber wunderbar entbringt Die Allmacht, die versöhnend uns umschlingt.

S. Goldberger (in der „Boeria Sonne“.)

Kindersterblichkeit in Deutschland nimmt ab!

Berlin, über London, 8. Aug. — Die kürzlich veröffentlichten Jahresverhältnisse des Kaiserlichen deutschen Gesundheitsamtes für die Orte mit 15,000 Einwohner und für die eigentlichen Großstädte mit über 200,000 Einwohner beweisen, daß während des Krieges eine sehr erfreuliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit in den deutschen Städten stattgefunden hat. Für das offene Land liegen entsprechende Statistiken nicht vor. Im Jahre 1914 starben in deutschen Orten mit über 15,000 Einwohner 15.5 Prozent aller Kinder im ersten Lebensjahr, im Jahre 1916 dagegen nur 13.3 Prozent. Ganz ähnlich verläuft die Entwicklung in den 26 deutschen Großstädten, wo die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr von 15.3 Prozent im Jahre 1914 auf 13.0 Prozent im Jahre 1916 zurückging. Der durch den Krieg bedingte Ausfall in den Geburtenzahlen wurde jedenfalls durch die bessere Erhaltung des kranken Kindes meistens teilweise ausgeglichen. Zu der Entlohnung der Säuglingssterblichkeit spiegelt sich trotz dem Krieges günstige Gestaltung der hygienischen und sozialen Verhältnisse in Deutschen Reiches wieder.

U-Bootjäger nur für den Küsten- und Ostindien.

Washington, 8. Aug. — Die Strategen der Alliierten betrachten die Politik des Marine-Departements, das die Herstellung von Unterseebootjägern beschleunigen will, nicht gerade mit freundlichen Augen. Kontrakte für viele Hunderte von Jägern sind vergeben worden und alle werden gebaut werden; aber das Departement erklärte, daß der Postenpost, für den man sich entschlossen habe, sich hauptsächlich nur für Patrouillendienst in Flüssen und Bächen und an den Küsten eigne.

Die N. Y. Times wettet gegen die Janker und bringt einen Leitartikel gegen Sozialismus, den jeder Janker freudig unterschreiben würde.

Heidnischer Aberglaube.

Seine Verbreitung in Deutschland vor 200 Jahren.

Es sind noch heute in Deutschland, besonders unter den Frauen, alle möglichen abergläubischen Vorstellungen verbreitet, die darin bestehen, daß dieser oder jener nichtsagende Vorgang des täglichen Lebens als glücklich oder unglücklichbringendes Anzeichen mehr oder weniger ernstlich betrachtet wird; beispielsweise, daß man Geld bekommt, wenn einem die Hand juckt, und dergleichen Spöke mehr. Dem Verstand der Verstandigen sind diese Dinge genöthigt bloß Gegenstände der Heiterkeit. Indes können sie auch ein ernstes Interesse beanspruchen, insofern sich in ihnen ein merkwürdiges Stück deutscher Geistesgeschichte birgt. Es handelt sich da nämlich durchweg nicht um phantastische Ausgeburt jungen Dichters, sondern um Urwörter-Hausrat aus heidnischer Zeit, der sich in den sonderbarsten Dingen des Christentums und der modernen Aufklärung ungeschiet zum Teil bis auf den heutigen Tag erhalten hat.

Daß tatsächlich kulturgeschichtliche Reste aus dem Heidentum einerseits noch verhaltenen Zeit vorliegen, erkennt man aus einer schätzenswerten Zusammenstellung solcher kleiner Züge, die sich in einer katholischen Predigt der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts findet, aber wieder auf eine ältere Quelle zurückgeht. Was da der Vater mit stiller Entrüstung als zu seiner Zeit sehr verbreitet verurteilt, und durch Anführung seines Gemüthsmanes wieder für ältere Zeiten konstatiert, das kennen wir zum Teil noch heute, während anderes sich in den zwischenliegenden beiden Jahrhunderten schon verloren haben mag. Jeder weiß von der schrecklichen Verbedeutung der Unglückszahl dreizehn; der Vater berichtet für seine Zeit so darüber: „Seynd deren Wäße 13 an einer Tafel, so soll notwendig einer aus ihnen noch im selbigen Jahr sterben; und ist diese natürliche Einbildung auch bei sonst vernünftigen Herren und Frauen also eingewurzelt, daß sie von solcher Tafel ohne Schen hinweggehen und lieber Hunger leiden, als sich diesen beiden werten.“

Auch vom Ringen im Ohr weiß er zu sagen. Wenn's im linken Ohr klinge: „da sollen liebe Freunde seyn, welche von ihm reden; Ringis hingegen im rechten Ohr, so wird etwas Unheiliges von ihm ausgehen.“ Wenn einer morgens beim Schühangehen niest, so glaube man, daß es einen unglückseligen Tag bedeute, wenn man nicht gleich wieder zu Bett gehe. Läßt ein schmager Hund ins Haus, so muß notwendig bald einer der Bewohner sterben. Wird ein Solches auf dem Tisch ungeschloßen, so folgt den ganzen Tag nichts Gutes heraus. Hat man geträumt, es sei einem ein Joha aus der Fremdschaft sterben. Auf den Donnerstag vertrauen sich viele nicht zu spinnen oder zu nähen, weil an diesem Tag das Seil gespannt worden ist, womit Judas sich erhängte. Zu bestimmten Zeiten darf man den Wolf nicht nennen, sonst frißt er die Schafe auf. Schaffirten legen sich, um nicht in diese Gefahr zu kommen, auf eine bestimmte Art; denn fällt der Wolf die Schafe nicht an, den Schafen sterbt der zuerst, dessen Name eine ungerade Zahl von Wuchseln hat. Wenn zwei Freunde miteinander spazieren gehen, und ein Stein zwischen sie fällt, ein Hund überzweigs vorübergeht, so kommt oder ein kleines Kind zwischen ihnen durchgeht, so geht die Freundschaft bald auseinander.

So gibt der Pfarrer noch mehreres zum besten, um eine heilige Philippa gegen den verurtheilten Wahn daranzuknüpfen. „Lauter theoretische Beobachtungen, lauter abergläubische Sünden, lauter Erfindungen des Teufels, ein greulicher Ueberrest des Heidentums und Abergötter, eine Vorbereitung zur Hölle!“ Sich so heftig über diese Sachen aufzuregen, ist heute im allgemeinen nicht mehr nötig; denn der Glaube daran ist, obwohl noch recht verbreitet und manchmal Schaben fressend, gewiß im Schwunden begriffen und meistens harmlose Spielerei. Nicht hat der Vater, wenn er von einem Ueberrest des Heidentums spricht; und das selbstige Interesse für den Kulturhistoriker.

— Nachgefang. Witz (zu einem Vorgänger): „Ihr Nachbar hat sich darüber beschwert, daß Sie in der Nacht gesungen hätten.“ — „Ach, es war ja nur ein kleines Jagdliedchen, zu dem ich in meinem Bett angesetzt wurde.“

— Das durfte nicht kommen. Schulkat: „Du hast recht, mein Junge; der Landmann war sojam. Hast Du Dir auch schon etwas geparkt?“ — „Ja, ich spare alle Sonnenabend.“

— Das ist brav von Dir. Da arbeits Du wohl Sonnabends nach der Schule?

Freedom of Speech and of Press

Upon this Constitutional Right Depend the Liberties of the American People.

Here and there a Socialist newspaper is being suppressed. It seems to be the present policy to ban the Socialist press from the mails.

We think this is a dangerous policy and will in the end prove a very serious mistake. It is always a mistake to attempt to suppress freedom of speech and freedom of printing.

The American theory, the democratic theory and the true theory is that every citizen should be permitted to voice freely his opinions, whether by word of mouth or upon the printed page, even though those opinions be wholly extravagant and unsound. There remains always the punishment of the law if the spoken or printed words are libelous, scandalous or seditious.

Suppression of a free press, no matter how injudicious may be, violates the citizens' constitutional rights and is directly and squarely opposed to the American theory of government.

One does not need to believe in the Socialist theory and the Socialist doctrine in order to resent and to protest against an indefensible and unconstitutional attack upon the liberties of the Socialist press.

Whatever its merits or its demerits may be, the Socialist party is a recognized and established political party in this country and in other countries.

Members of the Socialist party have both the moral and the political right to urge their doctrines and to publish their teachings, even though their teachings be opposed to war or any other policy of government.

The Socialist theory of economics and government is and always has been a radical theory, but its radicalism has not prevented the Democratic party, the Progressive party and even the Republican party from appropriating and championing a large part of the Socialist party's political platform.

For example, the initiative, the referendum, the recall, government control of railroads, government ownership and operation of the merchant marine; and State and municipal ownership and control of such public utilities as street railways, telephone companies and gas and electric plants are all purely Socialistic measures. In their essence they recognize and put in practise the Socialist doctrine of the direct control of government by the people and the common ownership of the means and tools of production.

We feel quite sure that the influence of Socialist teachings has been a very good influence in this country and throughout the world.

The Socialist party, of course, has members who are foolish and mischievous and are undesirable citizens, but so has every other party.

It is just as possible for citizens to be undesirable who are excessively reactionary and imperialistic as it is for citizens to be undesirable who are ultra-radical and socialists. The Socialist party should be judged by the total result of its activities and its teachings.

A propaganda which, upon the whole, has exerted an influence so useful and so beneficial as that of the Socialist party should certainly not be suppressed upon grounds of public expediency. But even if the Socialist propaganda had not demonstrated its public benefit so convincingly, the suppression of free printing and free speech is always in itself an obnoxious and a dangerous policy.

If the Socialist press can be suppressed because its teachings do not happen to suit the Administration which is in power, then another Administration in power at another time could suppress the Republican press, or the Democratic press, or the

Progressive party press, or the religious press, and then justify its action by quoting the precedent established when the Socialist press was suppressed.

We cannot afford to have that kind of thing in this country. The basis of all our liberties is the liberty of speaking and of writing.

Briefly, clearly and specifically the Constitution says: "The Congress shall make no law abridging the freedom of speech or the freedom of the press."

This language admits of no misunderstanding. The meaning is as clear as sunlight. The words are expressly mandatory. The Congress can find no excuse, not even that of military necessity, for enacting a law which in any way hinders or abridges the liberty of speech and of printing.

We do profoundly and earnestly believe that the policy of suppressing newspapers which are not in agreement with the Government is an unconstitutional policy and a dangerous policy, the ultimate results of which may prove more disastrous than even a defeat in war.

The whole theory of government suppression of an opposition press is fundamentally wrong and fundamentally undemocratic. It is based upon the assumption that whatever the Government does is right and that any opposition to the policies of the Government must, therefore, necessarily be wrong, and that what is wrong should not be permitted.

Now, this is exactly the theory upon which every despotism that has ever existed in the world has been based. We cannot afford to have such theories as this established in our country. Essentially we are no different from any other people that has ever existed. If we permit the foundation of our institutions of liberty to be undermined, why, then, sooner or later the edifice itself will fall.

We should, says The New York American, strenuously resist this propaganda of Government omnipotence and Government omniscience.

We should strenuously resist the propaganda that our Executive and our representatives in Congress are our rulers, instead of being our hired servants, whose business it is to obey and to execute the will of the people.

We should strenuously resist any attempt and every attempt of our hired servants in Washington to hinder free expression and individual opinion upon the ground that they are more wise than the rest of us, and that they alone know what is best for us to think and to say.

Whenever the time comes that any American citizen is not absolutely safe in the free expression of his opinion as to policies of government, then no one of us is safe.

The liberties of all of us are bound up in the liberties of every one of us, and all of us should resist in all places and at all times any and every aggression upon the rights of any one of us; whether the citizen whose rights are threatened be a Republican, or a Democrat, or a Progressive, or a Socialist, or a Catholic, or a Protestant, or a Jew, or whatever may be his political or his religious belief.

If we permit these aggressions upon the constitutional rights of citizens, which seem to have become the fashion, to continue and to grow in frequency and force, it may easily happen that our children will not be a free people at all.

These are not light matters. These are serious matters. And they should have the serious consideration of every one of us who is proud of the story of our country and who holds dear in his heart the liberties and the institutions of orderly free government which our fathers gave